

Finanzkrise – Wirtschaftskrise – gesellschaftspolitische Krise. Auf die Radikalität der kapitalistischen Zerstörungswut braucht es adäquate Antworten

Verheerende Aussicht für die Wirtschaft – Ohnmacht der Politik

Seit dem Ausbruch der weltweiten Krise im Sommer letzten Jahres wird durch Regierungen, Wirtschaftsexperten und öffentliche Meinung das wahre Ausmaß heruntergeredet und der realen Katastrophe, die auf uns Weltenbürger zukommt, eine beschönigende Verharmlosung entgegengestellt.

Auf die bisherigen zwei Beiträgen im Oktober vorigen Jahres und im Januar diesen Jahres, die der Arbeitskreis Programmatik in ver.di Mittelfranken auf dessen Homepage-Seiten veröffentlicht hat, wurde unsere Prognose über den Absturz der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft als unglaubwürdig, fern der Realität abgestempelt. Aber auch wir, denen professionelle Schwarzmalerei nachgesagt wurde, haben die zerstörerische Dynamik des Kapitals nicht ganz erfassen können. Mit dieser Verharmlosung ist jetzt – nach einem halben Jahr der Illusionen - Schluss. Seit dem 22. April 2009, seit der verheerenden Prognose führender Forschungsinstitute im Auftrage der Bundesregierung, des Internationalen Währungsfonds und anderen schaut Deutschland mit minus 6 Prozent Rezession in den Abgrund, an negativen Werten nur noch von Russland und Japan übertroffen. In seinen möglichen Dimension ist sie vielleicht auch nicht mit der Weltwirtschaftskrise 1929 vergleichbar. Damals stoppte der Abschwung auf einem niedrigeren Niveau, während heute ein solcher Auffangboden trotz aller Gesundheitsbeten nicht erkennbar ist (dazu später).

Die Politik, vor allem die deutsche, lernt wenig dazu. Aus den Wolken der Beschönigungen fällt die Politik in die andere Radikalität, die der Ohnmacht. Angesichts von 6 Prozent prognostizierten Abschwungs 2009, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 4,7 Millionen – bei weiterer Wirksamkeit der Kurzarbeitregelung – würde man ihr Auslaufen einrechnen, wären wir bei über 6 Millionen - scheint sie in eine lähmende Ratlosigkeit verfallen zu sein. Die Bundesregierung sieht sich mit ihrem Latein im überkommenen Handlungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft am Ende. Sie lehnt ein drittes Konjunkturprogramm, das der DGB und ver.di fordern, ab. Wenn die Bundesbank kommentiert, dass sich der Abschwung in den nächsten Monaten durch die deutsche Wirtschaft frisst, zuerst die Auto - dann die Chemieindustrie packt, den Maschinenbau nicht verschont und auf den exportfernen Dienstleistungssektor übergreift, auf den Einzelhandel - ist die Regierung sprachlos. Langsam dämmert es auch den Berufsoptimisten: Die Kernbereiche der deutschen Wirtschaft sind einem Zerstörungsprozess ergriffen, der aus der profitorientierten Logik des Kapitals sich nährt. Und man weiß sich in guter Gesellschaft. mit der Wirtschaft in den führenden Industrienationen der Welt - mit Ausnahme von China und Indien, die sich auf Dauer auch nicht gegen den weltweiten Trend nach unten stemmen werden können.

In dieser verzweifelten Lage behilft man sich mit einer neuen Selbstlüge: Im Fortlauf des Jahres 2009 verlangsame sich der Abschwung und mit dem Jahr 2010 kommt die Wende. Die Rezession sinke auf minus 1.5 Prozent. Dann würden die Kostenentlastungen wie sinkende Rohstoffpreise, die Konjunkturprogramme und sinkende Zinsen wirken. Eine solche Betrachtung übersieht, dass der heute ablaufende Prozess der Weltwirtschafts-Krise nicht monokausal abläuft, vielmehr neue belastende Faktoren auf die Wirtschaft wirken.

Wirtschaftskrise schlägt 2009/2010 auf die Finanzmärkte zurück - eine Erholung ist nicht in Sicht

Die bisherigen staatlichen Maßnahmen 2008/2009 sind überwiegend auf die Rettung von so genannten systemrelevanten Großbanken und die Wiederherstellung der Kreditversorgung der Banken für die Wirtschaft konzentriert gewesen wie Bürgschaften, staatliche Einkäufe,

Entgiftung von Bankbilanzen durch Gründung von Bad Banks. Dass die öffentliche Hand sich zuerst den Banken zuwandte, hat seinen Grund darin, dass die Krise seit dem Sommer 2008 aus dem Bankensektor nach dem Platzen der sogenannten Spekulationsblasen ihren Ausgang nahm. Einige insulär begrenzte Erfolge der staatlichen Finanztransaktionen in Billionenhöhe sind zu verzeichnen. Der Kollaps weiterer Großbanken wurde bisher verhindert, die Börsenkurse stürzten bisher nicht weiter ab, was zu einer weiteren Entwertung der Kreditbonität der Unternehmen geführt hätte. Die üppige Versorgung mit Geld durch den Staat verleitet sogar zu einigen Kommentaren vor einer neuen Inflation an Stelle einer drohenden Deflation warnen zu wollen.

Aber trotz dieser größten öffentlichen Intervention in der Geschichte des Kapitalismus – wenn man von dessen Kriegsabenteuer absieht - gelang es diesem „Neoetatismus“ nicht, den Motor der Krise, das weitere Austrocknen des Kreditflusses, abzuschalten. Die Banken geben nicht in ausreichender Weise Kredite aus den öffentlichen Finanzfonds an die Industrie weiter. Ihre betriebswirtschaftliche Profitsicht macht sie blind für gesamtwirtschaftliche Notwendigkeiten. Die Süddeutsche Zeitung berichtet am 25. April, dass die 17 größten Banken auf über 800 Milliarden faulen Krediten sitzen, wie Derivate, gewerbliche Immobilienkredite, Wetten (Credit Default Swaps), Collateralized Debt Obligations, Cross Border Leasing, usw. Für den gesamten Banksektor dürfte es das Mehrfache sein. Die fortgesetzte fehlende Liquidität von Industrieunternehmen ist trotz der staatlichen Geldschwemme auf eine Kreditklemme zurück zu führen, die die Banken zu verantworten haben. Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie Hans-Peter Keitel, beklagte auf der Hannover-Messe, dass die Banken staatliche Hilfen erhalten, sie aber nicht an die Industrie weiter geben (SZ 21. April 2009). In England ist die Regierung sauer, weil die Banken fast eine Billion Euro (umgerechnet vom Pfund) vom Staat in Bargeld und Bürgschaften bekommen, aber trotzdem ihre Kunden mit Kreditsperren drangsaliieren.

Die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale droht

Die Blockade staatlicher Hilfen durch die Banken bewirkt, dass die Krise in der Industrie und den Dienstleistungen auf die Banken im Verlauf des Jahres 2010 zurück schlägt, wenn sich die industriellen Brandherde zu einem Steppenbrand ausgeweitet haben. Die Pleiten in der Wirtschaft werden bei den Banken zu weiteren Kreditausfällen führen. Die Krise gewinnt ein neues Gesicht. Zu der ursprünglichen Bankenkrise – benennen wir es populär das „Platzen von Spekulationsblasen“ in 2008 – ein letztlich monetärer Vorgang einer weltweiten überschäumenden Geldschöpfung über die realwirtschaftlichen Grundlagen – gesellt sich 2010 eine neue Form der Krise der Banken hinzu. Sie wird von der Krise in der Realwirtschaft angesteckt. Mit welchen Mitteln der Staat diese neuen Brände löschen will, steht in den Sternen, nachdem er sich bei seinen vorangegangenen Rettungsversuchen schon finanziell verausgabt hat. Schon heute steht fest, dass von einer Erholung 2010 keine Rede sein kann. Dies hat weit reichende Folgen. Um nur einiges zu benennen: Die Kurzarbeiterregelung könnte, selbst wenn sie um weitere 6 Monate gelten würde, den Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht dämpfen. Bei 6 Millionen und mehr Arbeitslose wäre das Sozialsystem gefährdet.

Diese Rückkopplungsschleife zwischen Finanz- und Wirtschaftskrise kann sich des Öfteren wiederholen. Es entsteht eine Spirale nach unten, mit selbst verstärkenden Impulsen. Die sich wiederholenden Katastrophen in der Privatwirtschaft reißen ein um das andere Mal immer größere Finanzlöcher auf, die der Staat mit seinen heutigen Instrumenten immer schwieriger schließen kann. Das scheinbar Paradoxe: In dem Versuch des Staates mit einer nie gekannten Anstrengung aber im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Instrumente, die Krise zu bewältigen, entzieht sich die Privatwirtschaft endgültig der öffentlichen Kontrolle. Der Traum der Marktradikalen hat sich verwirklicht, um den Preis auch ihres Untergangs. In

diesem sehr vereinfachten Kreislaufmodell (in den vorangegangenen Ausarbeitungen ist dazu näheres dargestellt), ist mit dem Ausscheiden des Staates ein anderer Konfliktregler nicht mehr vorhanden. Ein „Bottom“, ein Boden, auf dem der Abschwung aufgefangen wird, ist im jetzigen institutionalen Rahmen der Marktwirtschaft nicht ersichtlich.

Keynesianisches Gewerkschaftskonzept des sozialökologischen Umsteuerns notwendig aber allein unzureichend

Vor allem im Vorstand von ver.di sieht man in der Krise und den daraus entspringenden notwendigen Gegenmaßnahmen die Chance für ein sozialökologisches Umsteuern – solidarisch finanziert. Führende Gewerkschafter wie Sommer und Bsirske haben ein drittes Konjunkturprogramm gefordert mit dem Schwerpunkt von Investitionen in ein nachhaltiges ökologisch gesteuertes Wirtschaften. Die IG-Metall ist reservierter, nach Schmoldt von der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie ist ein „drittes Konjunkturprogramm jetzt sogar kontraproduktiv“. Die Befürworter hätten es wissen müssen, dass es ein solches durch die große Koalition nicht geben wird. CDU/CSU und Teile der SPD sind sich einig: Neben der aus dem Dogma des Neoliberalismus herrührenden – unbegründeten – Furcht vor einer weiteren Verschuldung des Staates – Schmoldt meint, dass der Bund nach den Maastricht-Kriterien der EU sich nicht mehr verschulden darf - ist viel Geld bisher verbrannt worden, ohne dass eine entscheidende Umkehr bewirkt werden konnte. Hinzu kommt: In der Umsetzung von Konjunkturprogrammen erweist sich der Staat als recht träge. Nach Schmoldt kommt es jetzt erst einmal darauf an, dass die Beschlüsse zu den beiden Konjunkturpakten realisiert werden sollten.

Vor allem aber gilt: Bei 6 Prozent Rückgang des Bruttoinlandprodukts für 2009 – was noch zu gering eingeschätzt sein dürfte – sinkt die Wirtschaftsleistung um etwa 150 Milliarden Euro. Selbst wenn man Konjunkturprogrammen eine Multiplikatorwirkung zuspricht – ein Euro investiert, bringt vielleicht zwei Euro Nachfragewirkung – müsste der Bund seine Ausgaben für ein neues Konjunkturprogramm um rund 100 Milliarden erhöhen, um den Ausfall an volkswirtschaftlicher Nachfrage zu kompensieren, wie es Teile der Gewerkschaften gefordert haben. Der Großen Koalition ist an solchen Konzepten der Glaube abhanden gekommen. Aber selbst wenn man der gewerkschaftlichen Logik von Sommer und Bsirske folgen wollte: Eine weitere Mobilisierung von riesigen Summen kann den Abschwung vielleicht kurzfristig dämpfen, würde aber dem weiteren Austrocknen des Kreditflusses nicht gezielt genug entgegentreten.

Krise als Chance für ein sozioökologisches Umsteuern der Wirtschaft?

Wie oben ausgeführt sehen einige Gewerkschaften in einem weiteren Konjunkturprogramm eine Chance, ihre Vorstellungen von einer ökologisch ausgerichteten Wirtschaft zu verwirklichen. Die Abwrackprämie der IG Metall passt nicht in dieses ökologische Schema. Über den Staat angestoßene Investitionen wie Gebäudedämmung, Ausbau des Schienenverkehrs, Sonnenkollektoren könnten Einkommen mobilisieren, Arbeitsplätze sichern und nutzen den Bürgern. Jeder Euro zusätzlich in diesen Bereichen würde den Bürgern dienen. Ebenso gilt der Umkehrschluss: Jede unterlassene Investition fehlt den Bürgern. Dies dürfte unstrittig sein. In der Krise öffnen sich Türen für die Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, die ihnen bisher versperrt gewesen sind. Verheißungen eines nachhaltigen Wirtschaftens über Konjunkturprogramme der öffentlichen Hand scheinen wahr zu werden. Nur eins darf man nicht erwarten, dass über Konjunkturprogramme der Absturz der Wirtschaft aufzufangen wäre. Wie gesagt: Der Absturz kann kurzfristig gemildert aber nicht mittelfristig aufgehalten werden. Sind alle öffentlichen Gelder verpulvert und stürzt die

Wirtschaft weiter ab, dürfte sich bei einer solchen Domsday-Vision jegliche Diskussion über einen ökologischen Umbau erübrigen. Zynisch argumentiert: Seit der Zerstörung der DDR-Wirtschaft nach der Wende wissen wir: Die am raschesten wirkende Umweltentlastung ist eine saftige Rezession.

Die Krise legt die Axt an das Bismarcksche Sozialsystem und die kommunale Leistungen

Seitdem die Fakten mit minus 6 Prozent Bruttoinlandsprodukt – oder mehr – auf dem Tisch liegen, rechnen Berliner Ministerien und der Münchener Stadtrat eifrig nach, was diese katastrophalen Zahlen für die Finanzierung des Sozialsystems bedeutet. Weniger Sozialprodukt – weniger Steuereinnahmen – weniger Geld für die Sozialkassen. Um das Jahr 2000 zwang das Heer der Joblosen zu staatlichen Zuschüssen an die Rentenversicherung. Es gab Defizite in der Pflegeversicherung, Sparrunden im Gesundheitswesen. Sozialbeiträge wurden erhöht. Das war zu einer Zeit der wirtschaftlichen Stagnation. Was wird demnächst passieren bei einem Absturz der Wirtschaft?

Am schnellsten hat die Gesundheitsministerin Ulli Schmidt nachgerechnet. 3 Milliarden würden den Gesundheitsfonds bei minus 6 Prozent Wirtschaftswachstum fehlen. Aber sie kann sich mit dem Argument trösten, dass der Bund – also die Steuerzahler – für den Ausfall gerade stehen wird. Was sie verschweigt: Im Jahr 2011 müssen die Kassen das Geld zurückzahlen. In gleicher Weise bedroht eine wachsende Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Schon hat die Arbeitsverwaltung eine Liquiditätsklemme angemeldet. Zusatzbeiträge als Konsequenz könnten die Arbeitslosigkeit weiter belasten. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit begrenzt mögliche höhere Rentenzahlungen. Setzt sich die Krise weiter fort, bedroht sie das Rentensystem insgesamt, auch im Zusammenhang mit der so genannten Überalterung der Gesellschaft. Unter Berufung auf Kreise aus der Rentenversicherung berichtet das Handelsblatt (27. April), dass wegen der drohenden Lohnreduzierungen 2010 20 Millionen Rentner eine Kürzung ihrer gesetzlichen Rentenversicherung um 2 Prozent hinnehmen müssten. Es wäre die erste nominale Rentenkürzung seit der Einführung der dynamischen Rente 1957.

Kürzung der Renten? Welche Partei kann sich ein solches Szenarium vor der Bundestagswahl leisten? Also hat der Bundesarbeitsminister Gabriel schnell erklärt, dass Finanzlücken in den Rentenkassen durch Bundeszuschüsse geschlossen werden. Diese müssen letztlich aus Steuermitteln bezahlt werden, also zum großen Teil von den Arbeitnehmern.

Nicht günstiger sieht es mit den kommunalen Haushalten aus. Angesichts des Rückgangs der Gewerbesteuer von 1.6 auf 1.2 Milliarden Euro für 2009 hat sich in München eine neue Allianz von SPD, CSU und Grüne gebildet, die eine Haushaltssperre beschlossen haben. Dies wird als Erfolg gefeiert. Dass bei einem solchen Sparkurs der volkswirtschaftliche Kreislauf weiter kollabiert, weil andere Kommunen diesem Signal folgen werden, wenn sie die kommunalen Einbrüche von 20 Prozent in Haushaltskürzungen weitergeben, scheint den Vorsitzenden des Städtetages und Münchener Oberbürgermeister Ude nicht zu interessieren. Politisch gesehen ist diese neue große Koalition über München hinaus interessant, weil sie signalisiert, welchen Sog die große Krise in die Richtung einer Neuauflage der großen Koalition nach der Bundestagswahl ausüben wird.

Die radikale Krise des Kapitalismus erfordert eine adäquate Antwort

Seitdem wir in der Homepage von ver.di Mittelfranken zum ersten Mal im Oktober 2008 und sodann im Januar 2009 zur Weltwirtschaftskrise Position bezogen haben, finden wir unsere Analyse und die daraus folgenden Lösungsrezepte nach einem halben Jahr in ihren Kernaussagen bestätigt:

1. Das neoliberale Konzept hat sich grundlegend blamiert. Da helfen auch auserlesene Experten wie ein Sinn aus dem Ifo-Institut mit seinen marktradikalen Unsinn nichts, der neben seiner Ehrwürden Erzbischof Marx für Seehofer über die weitere Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung nachdenken soll. Mit Sinn wird der Bock zum Gärtner gemacht.
2. Keynesianische Konjunkturprogramme leisten einen Beitrag zur Milderung der Rezession, sie verbessern die Lebensqualität, sie können aber nicht die Kreditmalaise lösen. Es braucht daher mehr Ansätze, die in einen öffentlichen Diskurs über die Bewältigung der Krise eingebracht werden müssen. Es müssen Alternativen sein, die wirksam sind und zugleich die Schuldigen an der Krise, die kapitalorientierten Manager und Aktionäre aus ihren alles entscheidenden Machtstellungen in den Leitungen der Unternehmen verbannen.
3. Daher muss über die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der Banken in Verbindung mit öffentlichen Repräsentanten die Kreditblockade der Kapitalvertreter und Vorständen gebrochen werden. Es ist keine leichte Aufgabe. Schon die geplante seichte staatliche Bankenkontrolle stößt auf den Widerstand der Finanzbranche, auch wenn es nur um die fachliche Eignung von neu zu installierende Bankenkontrolleuren geht. Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank ist sich einig, den Frontmann des Kapitals, Ackermann, wieder zum Kapitän der größten deutschen Bank zu machen, um erneut das berüchtigte Ziel einer Kapitalrendite von 25 Prozent anzupeilen.
4. Angesichts der Widerstände sind daher weitere Maßnahmen von Nöten, um die volkswirtschaftlichen Interessen gegenüber der blinden einzelwirtschaftlichen zum Durchbruch zu verhelfen. Über die Einforderung der Sozialverpflichtung des Eigentums nach Artikel 14 des Grundgesetzes und einer Vergesellschaftung von Großbanken und Großbetrieben (Artikel 15 Grundgesetz) sind die Unternehmen an das volkswirtschaftliche Wohl anzubinden, um dem öffentlichen Interesse in den Unternehmen Geltung zu verschaffen gegenüber dem einzelwirtschaftlichen Profitdenken, der die Wirtschaft weiter in die Rezession herunter zieht.

Solche Vorstellungen können nicht mehr als sektiererisches Revoluzertum linker Systemveränderer diffamiert werden. Ein Teil der bürgerlichen Klasse greift selber nach solchen Lösungen. Zu nennen ist der Chefkomentator der SZ, Prantl, der in der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien einen Schlüssel zur Bekämpfung der Krise sieht, oder der Bundesverfassungsrichter Böckenförde (SZ 24. April), der unter Berufung auf Karl Marx feststellt: „Soll ein ausgreifendes ökonomisches Handlungssystem (das des Kapitalismus), das die Natur und die Bestimmung der Menschen außer Acht lässt, ja ihr widerspricht, solidarisch umorientiert und umgebaut werden, macht sich das nicht von selbst. Es erfordert eine handlungs- und entscheidungsfähige Staatsgewalt (...). die durch Begrenzung, Zielausrichtung und auch Zurückweisung wirtschaftlichen Machtstrebens wirksam ebenso wie durch stetige Relativierung sozialer Ungleichheit, Gemeinwohlverantwortung wahrnimmt. Rein koordinativ, auf dem Weg allseitiger Konsensbildung, lässt sich ein solcher Umbau nicht bewirken“. Der Staat allein kann es aber auch nicht allein bewirken. Soziale Gruppen wie Gewerkschaften, Kirchen, außerparlamentarische Gruppen müssen in ihren jeweiligen Entscheidungsebenen das Ihre tun.

Wohin geht die Gesellschaft in der Krise?

Eine Verdopplung der Arbeitslosigkeit 2009, Krise des Sozialsystems, eine weitere Verarmung von Teilen der Mittelschichten, die sich schon zu Zeiten der rot-grünen Koalition angebahnt hat, haben eine notwendige Diskussion losgetreten, welche gesellschaftliche Auswirkungen die Krise haben wird. Diese Diskussion verharrt bisher in oberflächigen, politischen Schlagabtauschen, die dringend einer Strukturierung bedürfen. Wer soziale Unruhen für möglich hält, wie DGB-Chef Sommer oder Gesine Schwan muss sich von der Regierung verantwortungslos Gerede und Panikmache vorwerfen lassen, als wäre die Benennung der Realität etwas Schreckliches und das Lügen in die eigene Tasche eine politische Tugend. Es ist die Gegenwehr französischer Arbeitnehmer, die die Regierung verschreckt: Geiselnahme von Vorgesetzten, Hungerstreiks, gewaltsame Besetzung von Betrieben, in denen die Arbeitnehmer arbeiten wollen, um ihre Existenz zu sichern. Auf dieser Homepage haben wir zu den möglichen Auswirkungen schon Stellung bezogen. Auf der einen Seite stünde der Weg in die Wende nach Rechts offen, auf der anderen Seite nach Links, in ihren verschiedenen Ausprägungen bis zu Straßenrevolten oder Geiselnahme nach französischem Beispiel, wenn sich die bisher braven deutschen Bürger in ihrer Existenznot an die Wand gedrückt sehen. Über die Ausrichtung der Gesellschaft in der Zukunft entscheidet die Tiefe der Krise. Die weniger wahrscheinliche Variante: Gelänge es einer neuen großen Koalition nach den Bundestagswahlen, eingebettet in eine weltweite Konjunkturerholung, das Schlimmste zu verhindern, könnten die sogenannten Mittelparteien sich bestätigt sehen und sich stabilisieren. Werden die sozialen Systeme nicht mehr in ihrem Kern finanzierbar – was ab minus 15 Prozent Rezession der Fall wäre – stellt sich die Frage nach der Tragfähigkeit der Demokratie in Deutschland. Alles, was seit 1945 erarbeitet worden ist, stünde auf dem Prüfstand der Geschichte. Noch reicht die Phantasie nicht aus, sich die Folgen eines derartigen ökonomischen Absturzes in all seinen einzelnen Facetten vorstellen zu können: Deindustrialisierung, Zerstörung der Produktionsstruktur durch den Ausfall von Reinvestitionen vergleichbar mit 1945, Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung, Suppenküchen wie heute in New York und in den deutschen Städten, vor Jahren undenkbare Visionen, mit denen sich nur Phantasten, Utopisten, Filmregisseure beschäftigten. In der Kosmologie nennt man eine solche gesellschaftspolitische Kernschmelze eine Systembrechung. Die gewohnten physikalischen Gesetze sind außer Kraft gesetzt, die Physiker suchen nach neuen Gesetzen, denen das Universum folgt. Auf die Politik übertragen, könnten auch die alten Erfahrungen der gesellschaftlichen Verwerfungen in der Weltwirtschaftskrise – hier Hitler, dort Roosevelt – nur begrenzt herangezogen werden. Eine Polarisierung der Politik würde auf jeden Fall eintreten, mit der weiteren Erosion der bisher „staatstragenden Mittelparteien“ und der Erstarkung von bisherigen „Flügelparteien“ in der Republik. Welche Kräfte die entstandene Lücke füllen werden, hängt von der Mobilisierung der „emanzipatorischen Kräfte“ ab, wie wir in den vorangegangenen Publikationen dargestellt haben. Die Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern sind zu nennen, aber auch die politischen Parteien, die die Opfer von Hartz IV erreichen, die außerparlamentarische Opposition und bürgerliche Teile, die vor einer grundlegenden Reform der Wirtschaft nicht zurückschrecken. Die Schleifung des relativen Wohlstands durch den „Rheinischen Kapitalismus“ mit seinem sozialen Anspruch durch die Krise hat die Grundlagen der sozialpartnerschaftlichen Ideologie zerstört. Bei ihren Anhängern – auch in den Gewerkschaften – breitet sich eine Sinnkrise aus. Aber auch bei den Linken erübrigt sich ein Triumphalismus der Rechthaberei. Schließlich werden die Hartz IV Empfänger und Arbeitnehmer am stärksten bei einer Verschärfung der Krise die Zeche bezahlen müssen, die ihnen das Kapital eingebrockt hat. Das Ende der Weimarer Republik kann – trotz aller Skepsis gegenüber historischen Parallelen – eine Lehre sein. Wer nicht mit der gebotenen Entschiedenheit diese Lücke

schließt, wird von entschlosseneren Gegnern überwältigt. Die sich heute neu formierende Extremrechte mit ihrer antikapitalistischen Attitüde würde nicht zögern, auf die Nationalisierung von Schlüsselindustrien zu setzen, um damit eine wachsende Zahl von Bürgern zu überzeugen, die an dem Überkommenen verzweifeln. Um so wichtiger ist es, dass wir dieses Feld selber besetzen.

Gewerkschaftliche Strategie: Arbeitnehmer mitnehmen durch Verbindung von praktischer Politik mit Perspektiven

In diesem Zusammenhang wird innerhalb von Gewerkschaften – vor allem bei Chefdenkern von ver.di – die Position eingenommen, dass Konjunkturprogramme in Verbindung mit der Begrenzung von Missbräuchen in der Finanzwelt darüber hinaus gehende Forderungen wie Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien nach Artikel 15 Grundgesetz oder Ausweitung von Mit- zur Selbstbestimmung in den Unternehmen erübrige. Diese würden zudem innerhalb der Kollegenschaft zur Zeit abschrecken. Die Krise sei bei den Mitgliedern noch nicht angekommen. In der Forderung nach Beschäftigungsprogrammen könnten die Arbeitnehmer bekannte gewerkschaftliche Positionen wieder erkennen und unterstützen. Weitergehende Forderungen würden einen Teil der Mitgliedschaft zurück lassen.

Dagegen ist kritisch folgendes einzuwenden: Abgesehen davon, dass Vergesellschaftung eine uralte durch die Erfolgsgeschichte des rheinischen Kapitalismus verschüttete gewerkschaftliche Forderung ist, entspringt diese Haltung einem paternalistischen Bild von Weisen – vertreten durch Funktionäre – die in väterlicher Weise ihre Mitgliedschaft an die Hände fassen und sie durch die Gefährdungen einer außer Rand und Band geratenen Wirtschaft führen.

Dabei gelte es in der momentanen gewerkschaftlichen Arbeit folgendes zu berücksichtigen: Momentan habe die Mitgliedschaft den Ernst der Lage noch nicht erkannt. In erstaunlicher Ruhe nehme die Arbeitnehmerschaft in Deutschland die Hiobsbotschaften wahr. Würde man jetzt mit der vollen Wahrheit über die Risiken vorpreschen, könnte man die eigenen Mitglieder vor den Kopf stoßen. Bei dieser Politik des „maßvollen Augenmaßes“ werden aber mögliche Konsequenzen übersehen, die mittelfristig entstehen. Gottseidank sind die Zeiten vorbei, dass nach dem Muster des Altertums dem Überbringer schlechter Nachrichten der Kopf abgeschlagen gehöre. Dennoch werden die Botschaften schlechter Nachrichten ungern gehört. Warum sich jetzt den Kopf schon verdrehen lassen, wenn die Verdopplung der Arbeitslosigkeit von 3 auf 6 Millionen noch nicht eingetreten ist? Aber kann eine solche Orientierung an momentane Bewusstseinslagen für Hauptamtliche ein zukunftssträchtiger Maßstab sein? Bei einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in einigen Monaten um das Doppelte fänden wir eine ganz andere Republik vor als heute. Erwarten nicht auch Bildzeitungsleser, dass Hauptamtliche sich die Müße nehmen, die Krise, wie sie sich auf den Wirtschaftsseiten der Zeitungen in ihrer ganzen brutalen Totalität abbildet, erfassen und darauf eine zukunftssträchtige Strategie aufbauen?

Es ist das in Gewerkschaften bekannte Dilemma zwischen Pragmatik und Programmatik. Was zählt mehr, die wahrlich beunruhigende Perspektive oder das Gewohnte aus einer vergangenen Epoche, das auf Sand gebaut ist? Die Geschichte hat die unangenehme Eigenschaft, sich in Sprüngen zu bewegen, keine Rücksicht auf Althergebrachtes zu nehmen, es wegzuwischen. Und was dann? Dann kommen die KollegInnen und fragen: Warum habt Ihr nicht rechtzeitig uns Eure Zweifel mitgeteilt und uns in einen offenen Diskurs mitgenommen? Wir können nur antworten: Beides muss getan werden: Sich an Beschäftigungsprogramme halten, um in Übereinstimmung mit den Arbeitnehmern einen wichtigen Schritt dem Ziel eines sozialökologischen Umbaus näher zu kommen; zugleich ihre Begrenztheit zur Lösung der ökonomischen Krise aufzeigen und folglich darüber hinaus

gehende Positionen ausarbeiten, die die Machtverhältnisse in den Banken und Unternehmen im volkswirtschaftlichen Interesse ändern.

Diese Forderungen müssen eingebettet sein in die Empörung über die moralische Verkommenheit der Finanzakteure, in die emotionale Auflehnung gegen Profiteure, die wie Ackermann ihr freches Haupt erheben. Wir Gewerkschaften können von der mutigen Protestkultur in Frankreich lernen und unsere eigene traditionell eingeübte „Bescheidenheit“ als unzeitgemäß ad acta legen. Wir Gewerkschaften müssen schnell in einem emanzipatorischen Diskurs konkrete Wege aufzeigen, wie an jedem Ort und in jedem Unternehmen zu mehr demokratischer Kontrolle geschritten wird, in Verbindung mit unseren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten. Wir Gewerkschaften können aber auch durch die Geschichte in die Lage kommen, mit anderen am 31. Dezember 2010 das Ende des Kapitalismus zu proklamieren und am 1. Januar 2011 die Tür zu einer noch unbekanntem Zukunft zu öffnen, deren Richtung wir mitprägen müssen.

Ursula Lischke
Gerd Elvers

Fürth, den 28. April 2009